



NR°1
Februar 2026

AKZENTE.

Aktuelle Informationen der Evangelischen Volkspartei



Fotos: zVg

CHRISTLICHE WERTE AM VERHANDLUNGSTISCH

... Nik Gugger und Marc Jost nutzen auch das diesjährige WEF, um in Davos wertvolle Kontakte zu knüpfen und auf eine gerechtere Welt hinzuarbeiten. Sie erzählen in ihrem Kurzbericht.

Marc Jost:

Einsatz für Religionsfreiheit

Bundespräsident Parmelin rief in Davos zum «Spirit of Dialogue» auf – gerade dort, wo Meinungen diametral entgegenstehen. Für mich bedeutet das: Religionsfreiheit aktiv einfordern. Im Austausch mit US-Senator Coons (Foto) und Dr. Al-Issa (Islamische Weltliga) suchte ich Wege, verfolgte Christen besser zu schützen. Auch im Gespräch mit dem indischen Minister Uttar Pradesh konnte ich den Schutz religiöser Minderheiten thematisieren.

Bundesrat Cassis betonte, wie wichtig das «Internationale Genf» angesichts geopolitischer Spannungen (USA, Russland) ist. Die Schweiz investiert hier in den Multilateralismus, um humanitäre Arbeit zu sichern. Mein WEF-Fazit: Gerade in einer zerbrechlichen Welt braucht es christliche Werte und den Einsatz für Minderheiten direkt am Verhandlungstisch der Mächtigen.

Nik Gugger:

Kampf gegen Menschenhandel

Seit Jahren nehme ich am kontrovers diskutierten WEF in Davos teil – dieses Jahr war besonders intensiv. Ich durfte die Schweiz und ihr Bildungs- und Wirtschaftssystem im House of Kosovo und im India House vorstellen.

Als eines der Highlights habe ich ein Treffen zwischen dem Schweizer Bundespräsidenten und dem Chairman von «Tata Sons» organisiert – nicht symbolisch, sondern ergebnisorientiert.

Im Sinne des «Spirit of Dialogue» ging es um konkrete Zusammenarbeit statt gefeilter Rhetorik. Das zeigte sich auch beim Thema AI und Menschenhandel, zu dem ich als Gastgeber ins House of Switzerland einladen durfte (Foto). Zusätzlich nahm ich für SECO und EDA verschiedene Aufgaben wahr. Dialog ist nur dann politisch relevant, wenn er Wirkung entfaltet.

AZB
3001 Bern

Post CH AG

KRIEGSMATERIAL 3

Referendum gegen die Lockerung des Kriegsmaterialgesetzes ergriffen: Jetzt Bogen in der Beilage unterschreiben!

ABSTIMMUNGEN 4, 5, 8, 12

Vier Abstimmungen stehen zur Debatte: Wir entscheiden über SRG, Bargeld, Klimafonds sowie Individualbesteuerung.

HÖCHSTER AARGAUER 7 & 8

EVP-Grossrat Urs Plüss ist Grossratspräsident. Im Interview spricht er über diese Rolle und sein Präsidial-Motto.

ZUM RÜCKTRITT VON LEA BLATTNER



Foto: Rebekka Sulzer

J EVP-Co-Präsidentin Lea Blattner hat letzten Monat ihren **Rücktritt von ihren Parteiämtern** angekündigt. Begründet hatte sie diesen damit, dass sie auf ihr Coming-out im April 2025 neben viel Zuspruch auch **Hass und Drohungen** erlebt hat. Diese Schilderungen haben bei mir und in der EVP **grosse Betroffenheit ausgelöst**. Die aber teils

verzerrte oder unzutreffende mediale Berichterstattung stellte für uns, respektive für die EVP, zudem eine Herausforderung dar. Der Parteileitung fehlten damals wichtige Informationen, um die Situation anzugehen. Bezüglich eines Drohbriefes wurde nun Anzeige eingereicht. Weitere Nachrichten liegen nur noch vereinzelt vor, die geprüft werden konnten. Nach aktuellem Stand gibt es keine Hinweise darauf, dass diese von EVP-Mitgliedern stammen. Die EVP Schweiz unterstützt Lea Blattner auch künftig beim Umgang mit allfälligen weiteren Hassnachrichten.

Ich möchte hier betonen: **Hass, Anfeindungen und Drohungen haben in der EVP keinen Platz**. Sie widersprechen unseren Grundwerten. Menschen, die politische Verantwortung übernehmen, müssen dies in einem sicheren und respektvollen Umfeld tun können, unabhängig von persönlichen Merkmalen, Lebensrealitäten und Überzeugungen.

Festzuhalten ist zudem auch: Die EVP ist eine Partei, in der **unterschiedliche persönliche und auch theologische Überzeugungen Platz haben**. Diese Vielfalt gehört zu uns. Sie ist kein Problem, sondern Teil unserer Identität. Entscheidend ist, **wie wir mit diesen Unterschieden umgehen**. Wir werden von anderen Parteien oft gelobt für unsere respektvolle Debattenkultur und unsere Brückenbauerfunktion bei unserer politischen Arbeit. Diese müssen wir weiter pflegen und verteidigen.

Eine Aufarbeitung wurde gestartet, dies auch gemeinsam mit Lea Blattner. Wir tun dies, um die nächsten Schritte für die Zukunft anzugehen. Dazu gehören konkrete Massnahmen wie der **Aufbau einer unabhängigen Anlaufstelle** für Mitglieder, die mit Hass oder innerparteilichen Konflikten konfrontiert sind, sowie **Massnahmen für ein sichereres Umfeld**, wofür wir auch externe Fachpersonen beziehen möchten.

Die Parteileitung und ich sind überzeugt, dass bei uns mit Respekt, Anstand und Nächstenliebe gehandelt wird. Mit einer offenen und selbstkritischen Haltung werden wir aus dieser Situation lernen und aus ihr gestärkt hervorgehen.

Lilian

Herzlich
Lilian Studer
Parteipräsidentin EVP Schweiz

ClimatePartner
klimaneutral

Druck | ID: 53458-1410-1071

Beschlossen von der Delegiertenversammlung am 29. November 2025 für die Abstimmung vom 8. März 2026



KLIMAFONDS-INITIATIVE

JA



BUNDESGESETZ ÜBER DIE INDIVIDUALBESTEUERUNG

NEIN



SRG-INITIATIVE

NEIN



BARGELD-INITIATIVE

NEIN



DIREKTER GEGENENTWURF ZUR BARGELD-INITIATIVE

JA

DIE EVP AUF SOCIAL MEDIA



EVP / PEV



@evppev



EVP Schweiz



@evppev



@evp_peg



@evppev

PROSPERITA

Die christlich-ethische Pensionskasse

Eine sinnhafte und sichere Heimat für die berufliche Vorsorge.

Mehr erfahren
prosperita.ch



Anzeige



Foto: zVg

Welt aus den Fugen

Ja, die Welt ist aus den Fugen: US-Präsident Trump hat die Macht an sich gerissen und setzt sich wie ein Alleinherrscher über nationale Gesetze und internationale Vereinbarungen hinweg. Damit hat er eine Weltordnung zertrümmert, die auf ein friedliches Miteinander der Völker, auf fairen Handel, auf Respekt und Menschenrechte sowie auf demokratische Staatsstrukturen ausgerichtet war. Mehrung von Macht und Geld wird neuer Kompass in der Welt.

Auch in unserer Demokratie ist nicht alles zum Besten: Dazu ein Beispiel: Das Volk hat an der Urne den Ausbau von 6 Autobahn-Teilstücken abgelehnt. Bundesrat Rösti will trotzdem zwei Teilstücke ausbauen lassen. Gestern lese ich nun in einer Umfrage von Demoscope, dass 58% der Bevölkerung dies als undemokratische Autobahn-Zwängerei ablehnen, und gleichzeitig fordern, an Stelle des Autobahnausbaus die klimafreundliche Mobilität zu fördern.

Im Rahmen eines grossen Forschungsprojekts zu Tempo 30 analysierte die Björn-Steiger-Stiftung wissenschaftliche Studien sowie Daten aus dreizehn europäischen Städten. Das Fazit: Tempo 30 senkt Unfallzahlen, verbessert die Luft und sorgt für ruhigere Quartiere – ohne längere Fahrzeiten.

RUEDI AESCHBACHER
alt Nationalrat EVP ZH

UNSCHWEIZERISCH: WAFFENEXPORTE OHNE KONTROLLE

Schweizer Waffen sind in der jüngsten Vergangenheit immer wieder in Bürgerkriegen aufgetaucht – von RUAG-Granaten beim IS in Syrien bis zu Sturmgewehren im Jemen. Deshalb hat die Schweiz eines der verantwortungsvollsten Kriegsmaterialgesetze der Welt eingeführt. Es soll verhindern, dass wir Teil von Kriegen werden oder massive Menschenrechtsverletzungen begünstigen. Nun will das Parlament diese klaren Regeln lockern. Dagegen ergreifen wir das Referendum. Unterschreiben Sie jetzt – der Bogen liegt bei.



Eine breite Allianz aus Parteien und Friedensorganisationen hat das Referendum ergriffen.

Das geltende Kriegsmaterialgesetz folgt einem einfachen Prinzip: Keine Waffenexporte in Länder, die in bewaffnete Konflikte verwickelt sind, Menschenrechte systematisch verletzen oder bei denen ein hohes Risiko des Missbrauchs besteht.

Ungehinderte Lieferung an USA, Argentinien oder Ungarn
Mit der Gesetzesänderung soll dieser moralische Kompass massiv geschwächt werden. Künftig würden Kriegsmaterialexporte in 25 Staaten grundsätzlich bewilligt – selbst wenn sie an bewaffneten Konflikten beteiligt sind. Für alle anderen Länder entscheidet der Bundesrat – eine neue Abweichungsklausel erlaubt ihm, unter "ausserordentlichen Umständen" von den gesetzlichen Exportkriterien abzuweichen.

Damit fallen objektive Ausschlusskriterien und eine demokratische Kontrolle durch Parlament und Öffentlichkeit weg. Der Bundesrat wird zum alleinigen Türsteher für Waffenexporte – und die Tür steht weit offen!

Indirekt an die ganze Welt
Problematisch ist auch die faktische Abschaffung der Nichtwiederausfuhr-Erklärungen. Schweizer Kriegsmaterial könnte nach Ablauf einer fünfjährigen Frist ohne Zustimmung der Schweiz weiterverkauft werden. Zusätzlich sollen sogenannte Baugruppen und Einzelteile ohne jegliche Nichtwiederausfuhr-Erklärung exportiert werden können.

Lex Waffenbusiness
Die Befürworter sprechen von der Verteidigungsfähigkeit der

Schweiz. Auch wir bei der EVP stehen zu einer starken Schweizer Rüstungsindustrie. Aber was ganz sicher nicht im Interesse der Schweizer Sicherheit ist: wenn Schweizer Waffen unkontrolliert durch die Welt zirkulieren und am Ende bei Milizen, Terrorgruppen oder Unrechtsstaaten landen.

In Wahrheit handelt sich hier um eine Lex Waffenbusiness: Profit vor Prinzip. Der Ukraine hilft dieses Gesetz übrigens kein bisschen, unserer Glaubwürdigkeit schadet es massiv.

Darum: Unterstützen Sie jetzt das Referendum gegen die Lockerung des Kriegsmaterialgesetzes.

MARC JOST, NATIONALRAT
marc.jost@parl.ch

Beigelegten
Bogen
unterschreiben!

Foto: Manuel Lopez | kriegsmaterial-referendum.ch

NEIN ZUR SRG-HALBIERUNG

Die SRG ist zentral für verlässliche Informationen, Medienvielfalt und den Schutz unserer Demokratie. Wer die Gebühren halbiert, schwächt unabhängige Medien und öffnet Tür und Tor für Propaganda und Desinformation. Die EVP empfiehlt die SRG-Initiative darum klar zur Ablehnung. Ein kurzfristiges Sparversprechen darf nicht auf Kosten unserer demokratischen Grundpfeiler gehen.



Bild: halbierungsimitiative-nein.ch

Die EVP lehnt die SRG-Initiative klar ab. An der Delegiertenversammlung wurde die Nein-Parole mit 77 zu 2 bei 3 Enthaltungen deutlich beschlossen. Diese Initiative ist kein Reformvorschlag, sondern ein Frontalangriff auf Medienvielfalt, Zusammenhalt und demokratische Meinungsbildung.

MARC JOST, NATIONALRAT
marc.jost@parl.ch

Am 8. März 2026 stimmen wir über die SRG-Initiative ab, die verlangt, dass die Gebühren für Radio und Fernsehen von aktuell 335 auf 200 Franken pro Jahr gesenkt werden. Zudem sollen Unternehmen ganz von der Abgabe befreit werden. Damit würde die SRG rund die Hälfte ihrer Mittel verlieren. Sowohl der Bundesrat als auch das Parlament haben die Initiative zur Ablehnung empfohlen. Der Bundesrat ist den Initianten bereits letztes Jahr entgegengekommen, indem er beschloss, die Haushaltsabgabe auf 300 Franken pro Jahr zu senken.

Schutzschild für die Demokratie

Eine funktionierende Demokratie braucht starke, unabhängige Medien. Wer die SRG finanziell halbiert, nimmt eine Schwächung der medialen Grundversorgung und einen Qualitätsverlust der Berichterstattung in Kauf. Dies gefährdet die unabhängige und verlässliche Information der Bevölkerung und damit das Fundament unserer Demokratie. Ohne ein starkes öffentlich-rechtliches Medienhaus wächst der Einfluss von Propaganda, Meinungsmache und extre-

men Positionen. Das ist keine theoretische Gefahr, sondern eine reale Entwicklung, die wir international beobachten.

Medienvielfalt in allen Sprachen

Die Schweiz lebt von ihrer Vielfalt. Vier Landessprachen, unterschiedliche Regionen und Kulturen – all das bildet die SRG täglich ab. Eine massive Kürzung würde vor allem die Romandie, das Tessin und die rätoromanische Schweiz treffen. Dort könnte das SRG-Angebot massiv reduziert werden, regionale Studios müssten geschlossen werden. Wollen wir wirklich, dass ganze Regionen zunehmend von ausländischen Sendern abhängig werden und eigene Perspektiven verschwinden?

Scheinargument Sparen

Die Initiative verspricht Entlastung, tatsächlich geht es um wenige Rappen pro Haushalt und Tag. Dem gegenüber steht ein irreparabler Schaden für das mediale Ökosystem der Schweiz. Wer hier kürzt, spart am falschen Ort und zahlt langfristig einen hohen Preis – gesellschaftlich und demokratisch.

Das spricht dagegen:

- **Verlust für Demokratie:** Starke öffentlich-rechtliche Medien sind wichtig für eine demokratische Gesellschaft und die Bekämpfung von Propaganda, weil sie unabhängig berichten und nicht primär auf Gewinn ausgerichtet sind. Eine stark geschwächte SRG könnte diesen Auftrag nicht mehr genügend erfüllen.
- **Risiko für Medienvielfalt:** Eine Halbierung der Gebühren könnte das SRF-Angebot in kleineren Sprachregionen deutlich reduzieren und nationale Ungleichheiten schaffen.
- **Geringer Nutzen:** Die Initiative würde nur wenig finanzielle Entlastung bringen, langfristig aber zu einem anhaltenden Schaden für das mediale System der Schweiz führen. Das ist Sparen am falschen Ort.

AKTUELLE TERMINE

2. – 20.3. Frühjahrsession Bundesversammlung

8.3. Eidgenössische Volksabstimmung

28.3. 107. ordentliche Delegiertenversammlung, Bern

9.5. Save the date: Frauentagung, EVP Frauen Schweiz

Alle Termine auf: evppev.ch/aktuell/termine



NEIN ZUR BARGELD-INITIATIVE, JA ZUM DIREKTEN GEGENENTWURF

Die Verfügbarkeit des Schweizer Frankens in Münzen und Banknoten soll in der Verfassung verankert werden, so die Forderung der Initiative «Bargeld ist Freiheit». Einige Begriffe sind in der Initiative aber unpräzise formuliert. Der Bundesrat präsentiert darum einen direkten Gegenentwurf, der genauere Formulierungen verwendet und vom Parlament unterstützt wird.



Bild: unsplash.com

jederzeit in «genügender Menge» verfügbar bleiben muss und dass ein allfälliger Wechsel der Landeswährung zwingend einer Volksabstimmung unterstellt würde. Obwohl diese Anliegen für viele Menschen auf den ersten Blick attraktiv wirken, ist der Initiativtext unpräzise formuliert. Begriffe wie «genügende Menge» oder «Schweizerfranken» sind juristisch unscharf und könnten in der Umsetzung zu Problemen führen. Zudem wird die heutige zuverlässige Bargeldversorgung der Schweiz von Fachleuten als bereits sehr stabil eingeschätzt.

Direkter Gegenentwurf

Der Bundesrat reagiert mit einem direkten Gegenentwurf, der die bewährten gesetzlichen Bestimmungen klar und präzise auf Verfassungsstufe hebt. Er schützt das Bargeld, ohne neue Risiken zu schaffen oder die Nationalbank in ihrer Flexibilität unnötig einzuschränken. Genau aus diesem Grund unterstützt auch die EVP den Gegenentwurf: Er garantiert die Sicherheit des Bargelds, ohne die Verfassung mit unklaren Formulierungen

zu belasten, wie es in der Initiative mit dem Begriff «genügende Menge» der Fall ist.

Kein juristisches Experiment

Wer Bargeld langfristig sichern möchte, ohne ein juristisches Experiment einzugehen, fährt mit dem Gegenentwurf besser. Er stärkt Bewährtes, sorgt für Stabilität und schafft Vertrauen – ohne die Nachteile der Initiative.

Klare EVP-Parole

Die Delegierten haben den direkten Gegenentwurf des Bundesrates mit 80 Ja zu 2 Nein bei 0 Enthaltungen angenommen. Bei der Stichfrage wurde auch der direkte Gegenentwurf vs. Initiative mit 80 Ja zu 2 Nein bei 0 Enthaltungen angenommen. Die Initiative wurde mit 70 Nein zu 7 Ja bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

NIK GUGGER, NATIONALRAT
nik.gugger@parl.ch

Das spricht gegen die Initiative:

- **Unklare Formulierungen:** Die Initiative ist zu vage formuliert und spricht zum Beispiel von «genügender Menge», ohne diese genauer zu definieren.

Das spricht für den Gegenentwurf:

- **Bessere Alternative:** Der direkte Gegenentwurf nimmt die Anliegen der Initiative präziser und rechtlich klarer auf, ohne die Risiken der Initiative zu übernehmen.
- **Sicherung des Schweizer Frankens:** Im Gegenentwurf ist die Forderung, dass der Franken die Währung der Schweiz bleibt, klarer verankert als in der Initiative.



Zukunft braucht Nahrung.
Für eine Welt ohne Hunger.
sehen-und-handeln.ch

ÖKUMENISCHE
KAMPAGNE

In Zusammenarbeit
mit «Partner sein»

Fastenaktion

HEKS
Brot für alle.

Anzeige

«INKLUSION ERINNERT UNS DARAN, FÜR WEN WIR POLITIK MACHEN: FÜR ALLE.»

Urs Plüss ist «Höchster Aargauer». Der EVP-Grossrat aus Zofingen wurde am 6. Januar 2026 zum Grossratspräsidenten für das Jahr 2026 gewählt. In dieser ehrenvollen Funktion leitet er die Parlamentssitzungen des Grossen Rates und vertritt den Kanton Aargau gegen innen und aussen. Was dieses Präsidialjahr für die EVP bedeutet und wie er sein Motto «Inklusion» zum Thema machen möchte, erzählt er im Interview.

Fotos: zVg



Urs Plüss, 55,

hat ursprünglich Elektromonteur gelernt und anschliessend Informatik und Betriebswirtschaft studiert. 1999 gründete er ein Softwareunternehmen, welches er noch heute leitet. Seit 2013 ist er EVP-Grossrat für den Bezirk Zofingen, in dessen Hauptort er zusammen mit seiner Frau wohnt.

Urs Plüss, herzliche Gratulation zur Wahl als Aargauer Grossratspräsident. Die Wahl stand eigentlich ja schon zwei Jahre zuvor fest mit deiner Wahl ins Vize-Präsidium. War es für dich dennoch ein besonderer Moment?

Man muss immer zuerst gewählt werden. Auch wenn es in der Geschichte noch nie vorkam, dass ein Vize nicht gewählt wurde, war ich ein wenig nervös. Aber nach quasi einer 2-jährigen Lehre hatte ich schon das Gefühl, ich sei nun bereit und es müsste klappen.

Das Wahlergebnis lässt sich sehen: 123 von 131 Stimmen. Ist das Ausdruck der Stellung von dir und der EVP im Rat?

Das müssten andere beantworten. Aber wir arbeiten als EVP mit allen Parteien gut zusammen und das lässt sich bei diesem Resultat ablesen.

Als Ratspräsident darfst du zu den Geschäften keine Voten

halten und nur bei Stichentscheid abstimmen. Wird dir das schwer fallen?

Bei uns darf der Ratspräsident tatsächlich immer abstimmen. Aber bei Stimmgleichheit ist meine Stimme sogleich der Stichentscheid, zählt dann eigentlich doppelt. Wobei ich mir keinen Stichentscheid wünsche. Ich habe lieber Abstimmungen, bei denen eine klare Mehrheit zustimmen oder ablehnen kann. Schon als Vize hatte ich keine Voten mehr. Das hatte mich herausgefordert und ich musste mich in Geduld üben.

Du bist schon seit 2013 im Grossen Rat. Wie hat sich der Ratsbetrieb in dieser Zeit verändert?

Zum Glück sind wir viel digitaler unterwegs als zu Beginn, auch wenn es viel Energie und Überzeugung braucht. Auch hat Social Media einen grösseren Einfluss. Sehr oft werden Vorstösse bereits Wochen vor dem eigentlichen Einreichen publiziert und diskutiert. Die Effekt-

hascherei hat stark zugenommen. Auch hält man Voten explizit nur für die Medien.

Welche Verantwortung trägt der Präsident für den Stil und die Qualität der Ratsdebatten?

Ich bin der Meinung, dass der Präsident hier einen grossen Einfluss hat. Man muss nicht alles einfach tolerieren. Vieles kläre ich im persönlichen Gespräch: Entweder gehe ich nach der Sitzung direkt auf die betreffenden Personen zu oder rufe sie am nächsten Tag an, wenn der Ton nicht angebracht war. Damit habe ich bisher sehr gute Erfahrungen gemacht – die Mitglieder waren meist dankbar für den Hinweis.

«Man kann bei einem Gespräch mit Respekt sehr viel erreichen.»

Grossratspräsident ist man nicht nur im Ratssaal. Wo trifft man dich zwischen den Sitzungen?

Ich rechne mit etwa 150 Veranstaltungen, die ich im Präsidialjahr besuchen werde. Mein Fokus ist dabei aber klar bei kleineren Anlässen, die sonst nicht so viel Aufmerksamkeit bekommen. Dazu gehören Events von Personen mit Unterstützungsbedarf oder aus Kunst und Kultur. So findet man mich bei der Medaillenübergabe von Plusport oder auch bei Stand Up-Comedians. Ich habe schon Einladungen angenommen, wo man gar nicht glauben konnte, dass ich zusagte.

Was bereitet dir mehr Freude? Die Sitzungen oder Veranstaltungen?

Veranstaltungen sind schön und man trifft viele interessante Leute. Aber wer mich kennt weiss, dass ich immer ungeduldig bin und etwas machen muss. Ich gestehe also, dass die Leitung der Ratssitzung mir enorm Freude bereitet inklusive der dazugehörigen Vorbereitung. Die sind zwar sehr intensiv und anstrengend, aber es läuft die



Der Jodlerklub Roggliswil singt zu Ehren des frisch gewählten Grossratspräsidenten.



Urs Plüss freut sich über seine Wahl zum «höchsten Aargauer»

ganze Zeit etwas und vieles ist nicht planbar und man muss sofort entscheiden. Das ist genau mein Ding.

Dein Motto fürs Präsidialjahr lautet «Inklusion» – was bedeutet das für dich?

Alle gehören dazu. Punkt. Inklusion heisst, Politik so zu gestalten, dass alle Menschen mitgenommen werden – unabhängig von Herkunft, Alter, Geschlecht, Religion, Beeinträchtigung oder Lebensentwurf. Inklusion ist gelebte Verantwortung. Ursprünglich hatte ich vor allem Menschen mit einer Beeinträchtigung im Kopf. Aber beim Vorbereiten des Mottos musste ich erkennen, dass Inklusion viel mehr bedeutet. So wie Jesus Niemand ausgegrenzt hat, sollten wir das auch nicht tun.

«Inklusion ist gelebte Verantwortung.»

Hat dieses Motto auch mit deinem Engagement als Präsident der Stiftung Schloss Biberstein zu tun?

Definitiv. Dies hat sicher meine Denkweise beeinflusst und geschärft. Ich darf so auch immer wieder erfahren, welche

Auswirkung Entscheide im Grossrat auf die Stiftung und auf die Menschen mit Unterstützungsbedarf haben. Und die sind leider allzu oft nicht positiv.

Wo siehst du für eine inklusive Gesellschaft den grössten Handlungsbedarf?

Wir haben zu wenig Geduld und grenzen Menschen zu schnell aus. Mit etwas mehr Verständnis, Anteilnahme und Respekt könnte man einiges verbessern.

In bald 14 Jahren im Rat: Auf welche Erfolge bist du am meisten stolz?

Da gäbe es vieles. Aber die eine Geschichte beschreibt es am besten. An der ersten Präsidiumssitzung gab mir die damalige Präsidentin den Auftrag dafür zu sorgen, dass Vorstösse nur noch elektronisch und nicht mehr per Papier eingereicht werden. Sie meinte, dass ich mit meiner bestimmten, aber freundlichen Art das sicher in Ihrem Präsidialjahr schaffen werde. Gesagt getan. Ab der 2. Sitzung gab es keine Vorstösse mehr per Papier. Der Parlamentsdienst war darüber extrem erstaunt.

Beruflich führst du deine eigene Software-Firma. Wie

schaffst du die Balance zwischen Beruf, Politik und Privatleben?

Ich habe mein Hobby zum Beruf gemacht und meine Frau Andrea unterstützt mich immer grossartig. Ich trenne auch nicht zwischen Beruf, Politik und Privatleben. Für mich ist es einfach dieses eine Leben. Ich verbinde alles miteinander und kann so viele Synergien nutzen. Eine gute Liturgie im Gottesdienst gibt mir dann wieder Kraft und bei einer Wanderung oder einer Ausfahrt mit meiner Harley kann ich gut entspannen.

In einem Interview hast du erzählt, dass du als Kind Bundesrat werden wolltest. Wie kam es, dass du dann dennoch der EVP – mit geringen Chancen für einen Bundesratsitz – beigetreten bist?

Es ist eher Zufall, dass ich bei der EVP gelandet bin. Aber für mich passt das vollkommen. Der christliche Glaube ist für mich sehr zentral und steht über allem. Und genau das teile ich mit meinen Parteikollegen. Man ist nicht immer gleicher Meinung, aber man hat die gleiche Basis und findet sich immer wieder und das bei einer angenehmen Diskussionskultur. Was den Bundesrat

betrifft: Das hatte ich eine Zeit lang vergessen – Karriereplanung ist nicht so meine Stärke.

Was würdest du heute deinem früheren Ich raten?

Die Chancen besser nutzen und noch etwas mehr für die gute Sache kämpfen. Ich habe nicht immer erkannt, dass ich oder wir als Fraktion nahe an einem Erfolg waren und mit etwas mehr Engagement hätten wir eine Mehrheit gefunden.

Es ist selten, dass die EVP ein kantonales Parlament präsidierend darf – im Aargau zuletzt vor 25 Jahren. Ist das auch eine Chance für die Partei?

Als Präsident rückt zwar die Partei in den Hintergrund und man repräsentiert alle Parteien. Aber es ist klar, dass man auch ein Botschafter der EVP ist. Das bin ich mir bewusst und versuche unsere Werte auch bei den öffentlichen Auftritten zu leben. Das ist dann wohl die beste Werbung für die EVP.

Hast du einen Wunsch für dein Amtsjahr als höchster Aargauer?

Ich wünsche mir mehr Demut, mehr Hoffnung, mehr Dankbarkeit und mehr Inklusion. Denn:

«Demut hilft uns zuzuhören. Hoffnung hilft uns, dranzubleiben. Dankbarkeit hilft uns, Wertschätzung zu zeigen. Und Inklusion erinnert uns daran, für wen wir Politik machen: für alle.»

Lieber Urs, vielen Dank für das Gespräch und alles Gute in deinem Präsidialjahr!

.....
INTERVIEW: DOMINIC TÄUBERT
LEITER KOMMUNIKATION EVP CH
dominic.taeubert@evppev.ch



JA ZUR KLIMAFONDS-INITIATIVE – HEUTE INVESTIEREN STATT MORGEN BEZAHLEN

Die Klimakrise ist Realität – und spitzt sich mit jedem zögerlichem Handeln zu. Mit der Klimafonds-Initiative schaffen wir ein wirksames Instrument, um rasch, sozial gerecht und wirtschaftlich klug eine fossilfreie Zukunft aufzubauen. Wer heute gezielt investiert, schützt Klima, Gesellschaft und Wirtschaft – und verhindert, dass wir morgen einen ungleich höheren Preis bezahlen

Die Klimakrise ist längst keine abstrakte Zukunftsfrage mehr. Hitzesommer, Bergstürze und steigende Kosten treffen Bevölkerung, Landwirtschaft und Wirtschaft schon heute. Trotzdem verliert die Schweiz Zeit mit Verzögerungen und halbherzigen Massnahmen. Genau hier setzt die Klimafonds-Initiative an: Sie ermöglicht entschlossenes Handeln statt endlosen Diskutierens.

Vom Reden ins Handeln kommen

Ein zentrales Problem der bisherigen Klimapolitik ist nicht der Mangel an Wissen, sondern der Mangel an Umsetzung. Die nötigen Technologien und Lösungen sind bekannt. Was fehlt, sind ausreichende und verlässliche Investitionen. Der Klimafonds schliesst diese Lücke. Er stellt sicher, dass Gelder gezielt in den Umbau unseres Energie- und Wirtschaftssystems fliessen – planbar, langfristig und wirksam. Der Klimafonds stellt sicher,

dass wir rasch und gerecht finanziert in eine fossilfreie Zukunft investieren. So kommen wir vom Reden ins Handeln. Wir brauchen keine weiteren Ziele oder leeren Versprechen, sondern konkrete Fortschritte bei erneuerbaren Energien, Gebäudesanierungen, klimafreundlicher Mobilität und innovativen Technologien.

Sozial gerecht investieren

Klimaschutz darf nicht auf dem Buckel jener stattfinden, die ohnehin schon unter steigenden Lebenshaltungskosten leiden. Die Klimafonds-Initiative trägt diesem Grundsatz Rechnung. Die Mittel fliessen in Massnahmen, die breite Wirkung entfalten und allen zugutekommen – etwa durch tiefere Energiekosten, stabile Preise und neue Arbeitsplätze in zukunftsfähigen Branchen. Gerade für Familien, Menschen mit tiefen Einkommen und den Mittelstand ist es entscheidend, dass der ökologische Umbau fair gestaltet wird. Ein



Marc Jost argumentiert an der Medienkonferenz für den Klimafonds.

solidarisch finanzierter Klimafonds aus dem Bundeshaushalt verhindert, dass einzelne Gruppen überproportional belastet werden. Klimaschutz und soziale Verantwortung gehören zusammen.

Wirtschaftlich vernünftig und unabhängig

Wer heute nicht investiert, zahlt morgen doppelt. Schäden durch Extremwetter, teure Notmassnahmen und steigende Abhängigkeiten von fossilen Energieimporten kosten unsere Volkswirtschaft Milliarden. Der Klimafonds ist deshalb kein Kostenfaktor, sondern eine Investition in Stabilität und Unabhängigkeit.

Er stärkt den Werkplatz Schweiz, fördert Innovation und reduziert unsere Abhängigkeit von unsicheren internationalen Energiemärkten. Unternehmen erhalten Planungssicherheit, Forschung und Entwicklung werden vorangetrieben, und neue Wertschöpfung bleibt im Land. Klimaschutz wird so zum wirtschaftlichen Vorteil.

Klare Haltung der EVP

Die EVP bekennt sich klar zur Klimafonds-Initiative. Die Delegiertenversammlung hat die Ja-Parole mit deutlicher Mehr-

heit beschlossen: 71 Ja-Stimmen bei 7 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen. Dieses klare Resultat zeigt: Für die EVP ist verantwortungsvolle Klimapolitik kein Nice-to-have, sondern eine Pflicht gegenüber kommenden Generationen.

Die Abstimmung über die Klimafonds-Initiative ist eine Richtungsentscheidung. Wollen wir weiter zuwarten und steigende Schäden in Kauf nehmen – oder handeln wir jetzt entschlossen, gerecht und vorausschauend? Ja zum Klimafonds heisst: Heute investieren, statt morgen bezahlen.

MARC JOST, NATIONALRAT
marc.jost@parl.ch

IMPRESSUM

AKZENTE: Publikationsorgan der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)
Das Abonnement erneuert sich jährlich automatisch, wenn es nicht zwei Monate vor Ablauf gekündigt wird. CHF 15.- / Jahr
Herausgeber: EVP Schweiz, PF, 3001 Bern, 031 351 71 71, info@evppev.ch, evppev.ch
Chefredaktion: Dominic Täubert
Grafik: Nadja Röthlisberger
Lektorat, Adressen und Aboverwaltung: Monika Loosli, 031 351 71 71
Druck und Vertrieb: Jordi AG, Belp
Copyright: Wiedergabe mit Genehmigung der EVP gestattet.
An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Nik Gugger, Christoph Hochuli, Timon Hofmänner, Marc Jost, Philippe Messerli, Michael Mütznier (mm), Urs Plüss, Lilian Suder, Dominic Täubert (dt), André Wyss.
Herzlichen Dank allen für ihr Engagement!

Das spricht dafür:

- **Schnelleres Handeln:** Der Klimafonds stellt sicher, dass Gelder gezielt investiert werden, um rasch wirksame Klimaschutzmassnahmen umzusetzen.
- **Soziale Gerechtigkeit:** Die Mittel des Fonds sollen in Massnahmen fliessen, die breite Wirkung entfalten und allen zugutekommen, damit der ökologische Umbau fair gestaltet wird.
- **Unabhängigkeit:** Mit dem Klimafonds wird die Innovation gefördert und die Abhängigkeit der Schweiz von fossilen Importen reduziert, was geopolitisch, wirtschaftlich und ökologisch sinnvoll und vorteilhaft ist.
- **Langfristige Transformation:** Der Fonds erlaubt eine systematische, langfristige Finanzierung und nicht nur punktuelle Massnahmen.

IMPULSE, DIE LEBEN VERÄNDERN

Entdecken Sie
mehr unter:
www.livenet.ch



Livenet



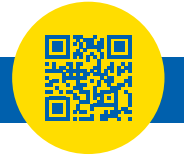
DOPPELPUNKT



Antworten spüren, Weltbeziehungen erleben
Mit DOPPELPUNKT kommen Sie in Tuchfühlung mit dem
Grösseren, weiten Ihre Sicht und nehmen mehr wahr.

Neugierig? Dann Abonnieren Sie jetzt!





BUDGET 2026: KURZE ENTLASTUNG

Die Budgetdebatte 2026 war erneut anspruchsvoll. Zwar entlasteten einmalige Mehreinnahmen von rund 300 Mio. Franken aus Genf die Bundeskasse, doch Bundesrätin Keller-Sutter warnte vor schwierigen Jahren. Besonders viel Aufmerksamkeit erhielt eine zusätzliche Million für eine Kampagne gegen Gewalt an Frauen, die auch von der EVP unterstützt wurde. Nachdem der

Antrag zunächst scheiterte, führte breiter Druck aus der Bevölkerung dazu, dass beide Räte die Mittel bewilligten. Weniger sichtbar, aber nicht weniger wichtig, war die internationale Zusammenarbeit: Geplante Kürzungen von 36 Mio. Franken konnten dank politischem Einsatz – auch seitens der EVP – immerhin auf 12 Mio. reduziert werden. (mm)



Foto: Dominic Täubert

FEUERWERK: JA ZUM BÖLLERVERBOT

Laute Feuerwerke belasten viele Menschen und insbesondere Tiere, vor allem an Silvester und am 1. August. Die Feuerwerksinitiative fordert deshalb ein grundsätzliches Verbot von Feuerwerk mit wenigen Ausnahmen. Die EVP unterstützt das Anliegen, unnötigen Lärm zu reduzieren, hält ein generelles Ver-

bot jedoch für zu weitgehend. Daher befürworteten die EVP-Nationalräte einen indirekten Gegenvorschlag, der lärmverursachende Böller verbietet, andere Feuerwerksarten aber weiterhin zulässt. Der Nationalrat stimmte diesem Kompromiss zu – nun ist der Ständerat am Zug. (mm)



Foto: unsplash.com

EVP SETZT AUF FREIHANDEL STATT ABSCHOTTUNG

Während die USA auf Zölle und Konfrontation setzen, verfolgt die Schweiz gemeinsam mit den EFTA-Staaten weiterhin eine Politik der Zusammenarbeit. Das Parlament genehmigte die Freihandelsabkommen (FTA) mit Thailand und dem Kosovo. Nik Gugger – von manchen schon "Mr. FTA" genannt – war bei den Verhandlungen mit Indien und Thailand sowie kürz-

lich beim Abkommen mit dem Kosovo eng eingebunden – als Mitglied der Aussenpolitischen Kommission oder gar auf Bitte des SECO bei den Verhandlungen vor Ort. Die Abkommen stärken die internationale Partnerschaft, schaffen verlässliche Rahmenbedingungen und sichern langfristig Arbeitsplätze in der Schweiz. (mm)



Bild: parlament.ch

Nik spricht als Kommissionssprecher zum Abkommen mit dem Kosovo und für die Mitte-EVP-Fraktion zu Thailand.

AUSLANDSADOPTIONEN: STÄNDERAT ZÖGERT

Der Bundesrat plant ein Verbot internationaler Adoptionen. Dagegen engagiert sich EVP-Nationalrat Nik Gugger, der selbst als Kind aus Indien adoptiert wurde. Seine Petition mit über 10'000 Unterschriften führte zu einer Motion der Rechtskommission des Nationalrates, welche die Verbotspläne stoppen sollte.

Während der Nationalrat die Motion klar annahm, beschloss der Ständerat eine Abschwächung und verlangt nun die Prüfung sowohl eines Verbots als einer streng regulierten Alternative. Die EVP hält ein Verbot nach wie vor für den falschen Weg und setzt sich weiterhin gegen diese Pläne ein. (mm)



Foto: Dominic Täubert

Einreichung von über 10'000 Unterschriften für die Petition «Auslandsadoptionen retten!».



AUSSTIEGSPROGRAMME AUS DER PROSTITUTION

Im Januar 2023 überwies der Grosse Rat Basel-Stadt den Vorstoss von Christoph Hochuli «Wirksame Ausstiegsprogramme für Menschen, die aus der Prostitution aussteigen wollen» an den Regierungsrat. Dieser Vorstoss war angelehnt an die Motion im Nationalrat von Marianne Streiff. Im Rahmen der Beantwortung des Vorstosses beantragte der Regierungsrat dem Grossen Rat mit einem Ausgabenbericht 1,43 Mio. Franken zur Finanzierung

eines fünfjährigen Pilotprojekts der Fachstelle Aliena, das Sexarbeitende beim Berufswechsel unterstützt. Das Pilotprojekt umfasst Beratung, Arbeitsintegration, Wohnunterstützung, finanzielle Hilfen sowie eine externe Evaluation. Der Basler Grosse Rat stimmte dem Ausgabenbericht fast einstimmig zu, womit das Ausstiegsprogramm bald umgesetzt werden kann.

(Christoph Hochuli)



Erfolgreicher Vorstoss von EVP-Grossrat Christoph Hochuli.

Foto: Dominik Plüss



FAMILIEN ENTLASTEN, ZUKUNFT STÄRKEN

Im Kanton Solothurn verharren die Familienzulagen seit Jahren auf dem gesetzlichen Minimum. Und dies, obwohl die Lebenshaltungskosten – Krankenkassenprämien, Mieten, Energiekosten – in den letzten Jahren stets gestiegen sind. Viele Familien kommen dadurch an ihre finanziellen Grenzen.

Im November 2023 hat der EVP-Kantonsrat André Wyss darum einen Vorstoss zur Erhöhung der Familienzulagen einge-

reicht, der vom Kantonsrat im Herbst 2025 verabschiedet wurde. Nach der Annahme durch den Kantonsrat entscheidet nun das Solothurner Stimmvolk darüber. Es ist das erste Mal in der Geschichte der EVP Solothurn, dass ein Vorstoss der EVP an der Urne behandelt wird. Ein überparteiliches Komitee macht sich nun stark für ein JA am 8. März 2026. (André Wyss)

Mehr Informationen zur Abstimmung unter familienzulage-ja.ch



EVP-Kantonsrat André Wyss im Einsatz für Familien.

Foto: zVg



POLITIK MIT HERZ UND WEITBLICK

Am 29.03.26 wählt der Kanton Bern den Grossen Rat und den Regierungsrat. Die EVP tritt mit dem Ziel an, ihre neun Grossratsmandate zu halten und Sitze zurückzugewinnen. Für den Regierungsrat kandidieren Grossrätin Barbara Stotzer-Wyss (Büren a. A.) und Grossrat Tom Gerber (Reconvilier).

Mit 321 engagierten Kandidierenden auf 19 Listen – 183 Männer und 138 Frauen aus allen Regionen und Gesellschafts-

schichten – bietet die EVP bei den Grossratswahlen eine vielfältige Auswahl an. Unter dem Claim «Von Jesus inspiriert handeln» setzt sie auf Dialog und Ausgleich zwischen Stadt und Land, Sprachregionen und Gesellschaftsschichten. Die programmatischen Schwerpunkte bilden die Bewahrung der Schöpfung, soziale Gerechtigkeit und eine generationengerechte Politik.

(Philippe Messerli)



Die EVP-Grossratsfraktion möchte Sitze dazugewinnen.

Foto: Nadja Röthlisberger



WECHSEL IM KANTONSRAT

Mit dem Rücktritt von Jascha Müller endet eine prägende EVP-Ratszeit im Kanton St. Gallen. Jascha dachte Sicherheit, Menschlichkeit und christliche Werte konsequent zusammen. «Mensch denkt, Gott lenkt» begleitete ihn im Kantonsrat. Er engagierte sich gegen Menschenhandel und Ausbeutung und konnte auch sachlich punkten – etwa mit der kantonalen Finanzierung der Sanitätszüge. Nicole Hayoz übernimmt das

Mandat und bringt als Pflegeexpertin eine starke Praxisperspektive ins Parlament. Ihr Anliegen: Brücken bauen und Verantwortung übernehmen – besonders in Gesundheit und Bildung. Von Herzen danke, Jascha – für deinen treuen Dienst und deinen Einsatz für Menschen und Werte. Und dir, Nicole, wünschen wir Gottes Segen, viel Weisheit und offene Türen für gute Lösungen. (Timon Hofmänner)



Nicole Hayoz tritt die Nachfolge von Jascha Müller an.

Foto: zVg

FÜR FAMILIEN UND MITTELSTAND: NEIN ZUR INDIVIDUALBESTEUERUNG

Das Parlament möchte Ehepaare neu einzeln statt als wirtschaftliche Einheit besteuern. Die Folgen sind Tausende Franken höhere Steuern für Paare mit ungleichem Einkommen. Die EVP sagt Nein zu dieser unfairen Familienstrafe.



Bild: nein-zur-individualbesteuerung.ch



Herr und Frau Schweizer haben geheiratet. Frau Schweizer ist noch im letzten Jahr ihres Studiums. Herr Schweizer finanziert den Haushalt. Nach dem Studium arbeitet Frau Schweizer in einem guten Job mit höherem Salär als ihr Mann. Als ihr erstes Kind zur Welt kommt, entscheidet sich Frau Schweizer, ein Jahr zu Hause zu bleiben. Anschliessend übernimmt Herr Schweizer als Hausmann, Frau Schweizer kehrt in ihren Job zurück. Als die Mutter von Frau Schweizer pflegebedürftig wird, steigt Herr Schweizer beruflich wieder ein und Frau Schweizer kümmert sich um ihre Mutter.

Wenn es nach der (sehr knappen) Parlamentsmehrheit geht, sollen Herr und Frau Schweizer in jeder einzelnen dieser Situationen mehr Steuern bezahlen als heute. Das will die Individualbesteuerung, die das Parlament als Gegenvorschlag zur Initiative der FDP-Frauen beschlossen hat.

Neue Familienstrafe

Diese Vorlage soll die Heiratsstrafe abschaffen, kreierte aber neue Diskriminierungen für Ehepaare mit ungleichem Einkommen. Betroffen sind Ehepaare dann, wenn sie sehr unterschiedlich hohe Löhne haben. Die Individualbesteuerung würde gerade jene Familien bestrafen, in denen ein Ehepartner sich besonders stark in der Kinderbetreuung oder der Pflege von Angehörigen engagiert. Aber auch Alleinstehende und Einelternfamilien wären besonders betroffen. Ein erheblicher Teil der Haushalte müsste in der Folge mehr Steuern zahlen, eine echte Entlastung des Mittelstandes bleibt aus. Es kann doch keine Lösung sein, die ungerechte Heiratsstrafe abzuschaffen und dafür durch eine ebenso ungerechte, neue Familienstrafe zu ersetzen.

Bürokratiemonster
Hinzu kommt, dass diese Vorlage ein regelrechtes Bürokratiemonster ist. Herr und Frau Schweizer sollen nämlich neu jeweils eine eigene Steuererklärung einreichen und ihr gemeinsames Vermögen jedes Jahr mühsam aufteilen. Die Folge sind 1,7 Millionen (!) zusätzliche Steuerdossiers und unzählige zusätzliche Arbeitsstunden in sämtlichen Steuerverwaltungen. Dies kann nur mit Tausenden zusätzlichen Steuerbeamten und millionenschweren IT-Projekten umgesetzt werden. Die Einführung der Einzelbesteuerung würde also zu enormen Mehrkosten führen, die wiederum auf die Steuerzahlenden zurückfallen würden.

Kaum Erwerbsanreiz

Die Befürwortenden argumentieren, dass durch die Einführung der Individualbesteuerung Zweitverdienende profitieren würden. Durch den steuerlichen Anreiz, würden insbesondere Frauen ihr Pensum aufzustocken, was den Fachkräftemangel entschärfen sollte. Aber: Dieser Effekt ist selbst in den Berechnungen des Bundesrates äusserst gering. Der einmalige Zuwachs an Erwerbstätigen wird auf 0,2 bis 0,8 Prozent berechnet. Damit bewegen wir uns im Bereich von Rundungs-

fehlern! Der Nutzen ist minimal, das Signal dennoch problematisch: Man möchte Ehepaare über die Steuern zu mehr Erwerbsarbeit drängen. Das ist keine Gleichstellung, sondern Bevormundung.

Bessere Lösung

Eine bessere Lösung liegt bereit und kommt schon dieses Jahr vors Volk: Die bereits eingereichte «Fairness-Initiative» der Mitte-Partei und EVP verlangt, dass gemeinsames und individuelles Modell jeweils verglichen und der günstigere Tarif verrechnet wird. Diese Alternative berücksichtigt Erwerbs- und Betreuungsarbeit gleichzeitig, stärkt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und entlastet gezielt den Mittelstand, ohne neue Ungleichheiten zu schaffen. Die Delegierten der EVP Schweiz haben deshalb ohne Gegenstimme die Nein-Parole zur Individualbesteuerung gefasst.

LILIAN STUDER
PARTEIPRÄSIDENTIN EVP CH

Was dagegen spricht:

- **Familien geschwächt:** Die Reform ignoriert die Ehe als Lebens- und Wirtschaftsgemeinschaft und bestraft einzelne Familienkonstellationen.
- **Mittelstand zahlt drauf:** Einverdienerpaare und Teilzeitfamilien verlieren jährlich Tausende Franken. Gewinner sind Doppelverdiener-Paare mit sehr hohen Einkommen.
- **Bürokratiemonster:** Die Reform führt zu 1,7 Mio. zusätzlichen Steuererklärungen, teuren IT-Umbauten und mehr Verwaltungsaufwand in allen Kantonen. Ehepaare müssen Vermögen kompliziert aufteilen und Steuererklärungen doppelt machen.
- **Bessere Alternative verfügbar:** In einigen Kantonen bewährte Lösungen wie Splitting oder die «Ja-zu-fairen-Steuern»-Initiative (Mitte/EVP) beseitigen die Heiratsstrafe ohne neue Diskriminierung.